

## Karl-Heinz Sabelleck

---

**Von:** Karl-Heinz Sabelleck [[karl-heinz.sabelleck@t-online.de](mailto:karl-heinz.sabelleck@t-online.de)]  
**Gesendet:** Mittwoch, 21. Mai 2008 21:22  
**An:** Kalle  
**Betreff:** WG: PM 0532-08, (Peer Steinbrück bietet Wüstenstaat Billig-Steuersatz)

Hola compañeras y compañeros,  
manchmal muss man nur erst drauf kommen. So schaffen wir die Armut ab. Ab sofort investieren alle ALG II - Empfänger und 1.- € - Jobber ihr nicht benötigtes Klimpergeld in die VAE (Vereinigten Arabischen Emiraten), nach dem segenreichen Wohlwollen von Herrn Finanzminister Peer Steinbrück können wir dann unsere Gewinne hier steuerfrei verprassen. Seit umschlungen Millionen. Aber lest nachfolgendes selbst, allerdings wundere ich mich nur, dass die Nato-Oliv-Grünen sowat wieder veröffentlichen können, wollen, dürfen.

Ansonsten

Hasta la victoria, siempre compañeras y compañeros!

Kalle

My homepage: <http://www.kalle-der-rote.de>  
-----

Diese E-Mail wurde auf Viren ueberprueft.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [pressemitteilungen-bounces@mail.gruene-mail.de](mailto:pressemitteilungen-bounces@mail.gruene-mail.de) [<mailto:pressemitteilungen-bounces@mail.gruene-mail.de>] Im Auftrag von Pressemitteilungen von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Gesendet: Mittwoch, 21. Mai 2008 16:25

An: [pressemitteilungen@mail.gruene-mail.de](mailto:pressemitteilungen@mail.gruene-mail.de)

Betreff: PM 0532-08, (Peer Steinbrück bietet Wüstenstaat Billig-Steuersatz)

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

NR. 0532

Datum: 21. Mai 2008

Peer Steinbrück bietet Wüstenstaat Billig-Steuersatz

Zur Neuverhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) zwischen Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten erklärt Dr. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher:

Erneut droht Finanzminister Peer Steinbrück vor den Petrodollars aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in die Knie zu gehen. Bereits vor zwei Jahren hat er einer Verlängerung des DBAs zugestimmt mit der Folge, dass in den VAE von Deutschen erwirtschaftete Gewinne hier weiterhin keiner Besteuerung unterliegen. So etwas nennt man ein klassisches Steuerschlupfloch.

Nun dreht sich der Streit um Geldflüsse in umgekehrter Richtung: Die VAE möchten gar keine Steuern auf die Gewinne ihrer Investments in Deutschland zahlen. Minister Steinbrück soll dem Wüstenstaat ein Ramsch-Angebot vorgelegt haben, das die Steuerlast für Kapitaleinkommen auf bescheidene fünf Prozent drücken würde – ein Drittel des bisher gültigen Tarifs. Lässt sich der sonst angeblich so unerschrockene deutsche Finanzminister vom 875-Milliarden-Dollar-Staatsfonds der VAE schrecken? Fürchtet er, dass das viele Geld einen Bogen um deutsche Unternehmen machen würde, wenn die öffentliche Hand ihren fairen Anteil bekommt?

Finanzminister Steinbrück bewegt sich mit seinem fünf-Prozent-Angebot zwar im Rahmen des OECD-Musterabkommens, das eine Obergrenze von 15 Prozent vorsieht. Dennoch verstärkt er den internationalen Trend zur Niedrigbesteuerung von Kapitaleinkommen. Wer wie Peer Steinbrück vor den zunehmenden gesellschaftlichen Fliehkräften durch wachsende Ungleichheit warnt, sollte dem nicht nachgeben. Der Minister ist deswegen aufgefordert, bei den Verhandlungen mit den VAE den angebotenen Billig-Steuersatz zurückzuziehen.

Völlig indiskutabel ist eine weitere Verlängerung des bisherigen Abkommens. Denn sonst würde das bestehende Steuerschlupfloch für deutsche Anleger in den VAE offenbleiben.

(c) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pressestelle  
11011 Berlin

T: 030 / 227 - 5 72 12

F: 030 / 227 - 5 69 62

<http://www.gruene-bundestag.de>

eMail: [presse@gruene-bundestag.de](mailto:presse@gruene-bundestag.de)

Abbestellen: Mail an

[Pressemitteilungen-request@mail.gruene-mail.de](mailto:Pressemitteilungen-request@mail.gruene-mail.de),

kein Betreff, Text: unsubscribe

Bestätigungsaufforderung unbearbeitet

zurück an den Absender schicken.